

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Cutro Untersuchungen

Es gibt neue Entwicklungen im Rahmen der [Ermittlungen](#) gegen die unterlassene Rettung von Frontex, der italienischen Küstenwache und der Guardia di Finanza im Zusammenhang mit dem Schiffsunglück in Cutro mit 94 Toten (darunter 35 Kinder) und 30 Vermissten. Wie bereits bekannt, sichtete ein Flugzeug von Frontex das Boot und allarmierte daraufhin die Guardia di Finanza, die vorgeblich ein Motorboot zur Suche nach dem Boot entsandten, was sie jedoch aufgrund der schlechten [Wetterbedingungen](#) auf dem Meer nicht taten. Nun wurden mithilfe eines Durchsuchungsbeschlusses der Staatsanwaltschaft Crotone Anfang Juni drei Offiziere samt Unteroffizieren der Guardia di Finanza (namens Lippolis, Vardaro und Lo Presti) sowie drei weitere namentlich nicht bekannte Personen in das Register der Verdächtigen aufgenommen. Außerdem wurden Mobiltelefone und Tablets der Verdächtigen beschlagnahmt. Wie ein [Bericht von Lighthouse](#) aufzeigt, wussten sowohl die italienischen Behörden als auch Frontex, dass das Schiff Anzeichen einer Notlage erkennen ließ (durch schlechtes Wetter, fehlende Schwimmwesten und die Überladung des Bootes) und wahrscheinlich [Migrant*innen an Bord](#) waren. Dennoch beschlossen die Behörden nicht einzugreifen und später versuchten sie zu verbergen, wie viel sie wussten.



Cutro Friedhof; Foto: Martina Gentile

Laut dem Anwalt [Francesco Verri](#) habe der Staat „eine klare Verantwortung“. Die Anwälte einiger Familien der Opfer planen darüber hinaus eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Bilaterale Beziehung Italien Libyen

Laut dem [italienischen Innenministerium](#) sind seit Jahresbeginn tausende Migrant*innen aus dem von Premierminister der Übergangsregierung Dbeibah kontrollierten Teil Libyens und der von Khalifa Haftar dominierten Kyrenaika in Italien angekommen. In beiden Teilen Libyens wird mit immer härteren Maßnahmen die Flucht von Menschen verhindert. Der [Premierminister der libyschen Übergangsregierung](#) hat angewiesen Kampfdrohnen gegen sog. vermeintliche „Menschenschmuggler“ einzusetzen. Sowohl Italien als auch die Türkei unterstützen den Präsidenten bei dieser Mission. [So wurden kürzlich durch eine Militäroperation in Zawija](#) sieben Boote und sechs Lager zerstört, in denen angeblich Treibstoff gelagert wurde. Allerdings wird auch behauptet, dass der libysche Premierminister unter diesem Deckmantel seine politischen Rivalen mithilfe besagter finanzieller Mittel aus dem Ausland bekämpfen möchte.

Außerdem spitzt sich in der [von Haftar kontrollierten Kyrenaika](#) das Vorgehen gegen Geflüchtete zu. Ein Fischerboot mit etwa 500 Migrant*innen an Bord wurde abgefangen und nach Bengasi zurückgebracht. Es wird vermutet, dass das Treffen zwischen Haftar und der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zu dieser Kehrtwende geführt hat. Zusätzlich gab es eine Annäherung zwischen Italien und Ägypten, einem wichtigen Verbündeten von Haftar, der große Einfluss in der Kyrenaika hat. Auf der anderen Seite hat die [italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni](#) den Premierminister der Übergangsregierung der Nationalen Einheit Libyens, Abdul Hamid Dbeibah, und eine Delegation libyscher Minister zu einem Regierungsgipfel in Rom empfangen. Der Gipfel fokussierte sich auf die Themen Migration und Energie. Neben den Vizepremiers Antonio Tajani und Matteo Salvini war

auch der Innenminister Matteo Piantedosi anwesend. Claudio Descalzi, CEO des italienischen Energieunternehmens Eni, unterzeichnete eine Vereinbarung mit dem Leiter der libyschen National Oil Corporation (NOC). Meloni bekräftigte darüber hinaus Ihr Engagement bei der Unterstützung der sog. libyschen Küstenwache.

Bilaterale Beziehung Italien Tunesien

[Ministerpräsidentin Meloni](#) betont bei dem bilateralen Treffen mit dem tunesischen Präsidenten Kais Saied in Tunesien die Bedeutung der gemeinsamen Arbeit und plant, die Kooperation mit den tunesischen Behörden zu intensivieren, um die Flucht von Menschen zu verhindern. In diesem Rahmen setzt sich Italien dafür ein, dass [die Finanzierung in Höhe von rund 2 Milliarden](#) Dollar, die im Oktober genehmigt wurde, durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) für Tunesien freigegeben wird. Dies hängt jedoch von angemessenen Garantien sowohl für Reformen als auch für die Einhaltung demokratischer Regeln seitens Tunesiens Präsident Saied ab. Tunesien mit seinen zwölf Millionen Einwohner*innen steht aufgrund fälliger Rückzahlungen von Krediten der Staatsbankrott bevor. [Auf EU-Ebene](#) hat Italien bereits konkrete Schritte zur Hilfe Tunesiens unternommen. Italien setzt sich für ein integriertes Unterstützungspaket mit finanziellen Mitteln ein.

Armut als Fluchtgrund laut Kassationsgericht

Gemäß einem [aktuellen Urteil des höchsten italienischen Gerichtshofs](#) ist es zulässig, eine*n Migrant*in aus wirtschaftlichen Gründen unter dem Aspekt der humanitären Hilfe zu schützen, wenn die Armut in seinem*ihrem Heimatland die Würde des Menschen verletzt. Das Innenministerium hatte gegen die Entscheidung des Berufungsgerichts Einspruch eingelegt, das entgegen dem vorherigen Urteil des erstinstanzlichen Gerichts einem Nicht EU-Bürger eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt hatte. Das Berufungsgericht hatte die Befreiung des Migranten aus einer unwürdigen Situation der Armut

anerkannt, während das Innenministerium der Ansicht war, dass keine ausreichenden humanitären Gründe für den gewährten Schutz vorlagen.

Rotes Kreuz verwaltet Lampedusa Hotspot

Seit dem Ersten Juni wird der Hotspot Contrada Imbriacola auf Lampedusa von dem Italienischen Roten Kreuz verwaltet. Der Kooperative Badia Grande, die in den vorangegangenen 15 Monaten für die Betreuung der Einrichtung zuständig war, wurde zuvor Führungsunfähigkeit und eine schlechte Behandlung der Bewohner*innen vorgeworfen. [Ein Sprecher verteidigte die Kooperative](#), und wies auf die außergewöhnlich hohen Zahlen von Ankommenden hin, die eine angemessene Versorgung im Hotspot nicht möglich gemacht hätte. Nach der Übernahme des Roten Kreuzes, [erklärte der Präfekt von Lampedusa in einer Pressekonferenz](#), dass die Ausstattungen und Bedingungen im Hotspot sich eindeutig zum Positiven verändert hätten. Ausreichende Betten, eine Mensa, Müllabfuhr und sogar Unterhaltungsangebote insbesondere für Minderjährige seien nun vorhanden. Diese Veränderungen seien insbesondere durch die Notstandsrichtlinie und das Piantedosi Dekret (wir berichteten [hier](#) und [hier](#)) möglich gemacht worden.



Foto: unsplash

Während die Mobilisierung von Geldern und die Bereitstellung von menschenwürdigen Dienstleistungen und Unterbringungsformen zu begrüßen sind, muss die Rhetorik des Notstandes allerdings kritisch beurteilt werden. In der Tat herrschte in den vergangenen Jahren ein andauernder Versorgungs- und Unterbringungsnotstand auf der Insel, dieser war

allerdings systematischer Natur und einer bewussten politischen Linie geschuldet. Der Diskurs hingegen suggeriert, dass der Notstand auf das Ankommen von Flüchtenden zurückzuführen sei. Die Ankunft von Schutzsuchenden stellt jedoch seit vielen Jahren einen Normal- und keinen Ausnahmezustand dar, der mit entsprechender Planung und Logistik kein Problem darstellen würde. Die Tatsache, dass eine Ausstattung mit dem absolut Nötigsten, als Erfolg und Fortschritt angepriesen wird, macht deutlich, dass jahrelang eine planmäßige Unterversorgung im Hotspot vorherrschte. Nachdem der Präfekt den würdevolleren Umgang mit Geflüchteten zunächst lobte, räumte dieser in seiner Rede anschließend ein, dass diese Behandlung nur denjenigen vorbehalten sein sollte, die Anspruch auf einen Aufenthaltstitel hätten und man verstärkt auf die unmittelbare Rückführung von Personen setzen würde, die keine Aussicht auf Asyl in Europa hätten. Dabei wäre auch die Idee des Baus eines Abschiebehafenzentrums auf der Insel nicht auszuschließen. Dies würde bedeuten, dass Menschen das Recht auf eine angemessene individuelle Asylprüfung genommen wird und diese anhand von allgemeinen Kriterien wie dem Herkunftsstaat unmittelbar nach ihrer Ankunft abgeschoben würden.

Situation der Geflüchteten

Migrant*innen gefangen in einem bürokratischen Schwebezustand Die Antirassistische Versammlung von Trient kritisiert, dass [bis zu 230 Migrant*innen vom Aufnahmesystem ausgeschlossen sind](#). Über 200 Personen warten allein in der Provinzhauptstadt auf den Zugang zum Asylverfahren. Die genaue Zahl der Migranten vor Ort ist schwer zu bestimmen. Laut [Roberto Zaccaria](#), Präsident des Italienischen Flüchtlingsrates, gibt es in Italien keine unkontrollierbare Krise, sondern ein **fehlendes europäisches Engagement bei der Seenotrettung und Unterstützung der ankommenden Migrant*innen**. Aktivist*innen werfen dem Regierungskommissariat, der Provinz Trient und dem Polizeipräsidium vor, "immaterielle Barrieren" zu schaffen, die den Asylbewerber*innen das Leben

erschweren. Zum Beispiel werden sie aufgefordert, einen Wohnsitz anzugeben, was für neu angekommene Migrant*innen schwierig ist. Dadurch werden sie daran gehindert, in das Aufnahmesystem einzutreten und ihren Asylantrag zu registrieren. Aktivist*innen kritisieren die Forderung nach einem Wohnsitz als Voraussetzung für die Beantragung von Asyl als unzulässige Praxis. Die Provinz Trient blockiert zudem Aufnahmeplätze im provinziellen System und verstößt gegen italienisches Recht. Migrant*innen, die keinen Zugang zum Aufnahmesystem haben, sind oft gezwungen, auf der Straße zu leben. Der Polizeipräsident von Trient, [Maurizio Improta](#), weist die Anschuldigungen zurück und betont, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren eingehalten werden müssen. Er erklärt, dass der Wohnsitz mit dem Gesetz vereinbar ist und dass es wichtig ist, den Aufenthaltsort der Migrant*innen zu kennen. Improta lädt die Verbände, die Migrant*innen unterstützen, zu einem Treffen ein, um das Thema zu diskutieren.

Kapazitäten an der italienisch-französischen Grenze überlastet

Die Kapazitäten der solidarischen Unterkunft Terrasses Solidaires an der italienisch-französischen Grenze sind aufgrund des [Zustroms von Menschen](#), die vor rassistischer Gewalt in Tunesien fliehen, überlastet. Die Unterkunft in Briançon, weniger als 10 km von der Grenze entfernt, hat normalerweise Platz für 64 Menschen, aber derzeit sind 100 Menschen dort untergebracht. Letzte Woche erreichte die Anzahl der Ankommende ihren Höhepunkt bei 138 Personen, teilten Capucine Mounal und Arthur Blanchard, die Sprecher der Unterkunft gegenüber [Middle East Eye](#). Die hohen Zugtarife haben dazu geführt, dass mehrere Gruppen von Neuankommenden im Zentrum festsitzen. In den letzten Monaten sind Afrikaner*innen aus Ländern südlich der Sahara aus Tunesien nach Italien geflohen aufgrund der politischen Situation vor Ort (wir berichteten [hier](#) und [hier](#)). Briançon ist bereits mit dem Zustrom von Menschen vertraut, da die Unterkunft Terrasses Solidaires 2015 gegründet

wurde, um Menschen aus dem aufgelösten Geflüchtetenlager in Calais unterzubringen. Die Unterkunft ist jetzt auf Spenden und Freiwillige angewiesen, um die Menschen zu versorgen, während der Staat bislang keine Hilfe geleistet hat. Stattdessen wurden Grenzpolizist*innen und die Militärpolizei zur Durchführung illegaler Push-Backs an der Grenze eingesetzt. Terrasses Solidaires fordert den Staat auf, mehr Verkehrsverbindungen zu schaffen, Fahrkarten zu subventionieren und Notunterkünfte in nahe gelegenen, leer stehenden Ferienhäusern bereitzustellen. "Wir schlagen Alarm, damit der Staat eine menschenwürdige und die Rechte der Migrant*innen respektierende Politik umsetzt." so Terraces Solidaires in einer Pressemitteilung.

Schlafsaal ohne Wasser und Licht: Die Afrikanische Gemeinschaft fordert "Würde"

Ein [Protestmarsch](#) gegen die unmenschlichen Bedingungen in der Einrichtung für Migrant*innen fand am 03. Juni in den Straßen von Brindisi statt. **Seit einem Jahr gibt es kein warmes Wasser mehr und seit Dezember gibt es keinen Strom mehr.** Die afrikanische Gemeinschaft in Brindisi fordert Würde für die Gäste der Unterkunft in der Via Provinciale San Vito. Die afrikanische Gemeinschaft selbst und verschiedene Vereinigungen in der Region fordern außerdem die Behebung der Probleme in dem baufälligen Gebäude. Diese Probleme sind Teil des komplexeren Themas der Integration ausländischer Arbeitnehmer*innen. Viele von ihnen finden trotz regulärer Arbeitsverträge keine Mietwohnung, weil die Eigentümer*innen Bedingungen verlangen, die in Wirklichkeit für die Migrant*innen nicht umsetzbar sind. Die Demonstration wurde auch organisiert, um auf die Bedingungen in den CPR (Abschiebehafzentren) im ganzen Land hinzuweisen, wo auch ausländische Bürger*innen mit psychiatrischen Krankheiten untergebracht sind, die mit dem Betrieb dieser Einrichtungen nicht vereinbar sind.

In eigener Sache: Bankkonten - Ist selbst der Kapitalismus nicht für jede*n?

Der [neue Artikel](#) „Bankkonten – Ist selbst der Kapitalismus nicht für jede*n“ unseres Monitoring-Projekts mit dem Porco Rosso beleuchtet die Probleme denen Migrant*innen in Italien ausgesetzt sind, wenn es um die Eröffnung eines eigenen Bankkontos geht und diesen infolgedessen der Zugang zu einem Wirtschaftsleben verwehrt wird.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#) sowie in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/italia@borderline-europe.de>

Der Scirocco erscheint im Jahr 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR) und den Förderverein Pro Asyl.

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unplash

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.